

# Kaltwalzindustrie fordert Paradigmenwechsel in der Energiewende

## FVK befürchtet erhebliche Kostensteigerungen

**Die Fachvereinigung Kaltwalzwerke (FVK) fordert die nächste Bundesregierung auf, Maßnahmen gegen die zu erwartende weitere Steigerung der Energiekosten zu ergreifen.**

„Die von der Kaltwalzindustrie seit geraumer Zeit geforderte haushaltsbasierte Finanzierung der Energiewende findet offenbar zunehmend Akzeptanz in Wirtschaft und Politik. So forderten jüngst auch das Handwerk und Brandenburgs Wirtschaftsminister Gerber eine Abschaffung der EEG-Umlage und die Finanzierung energiewendebedingter Kosten aus dem Steueraufkommen“, sagte FVK-Geschäftsführer Martin Kunkel.

Sogar das wissenschaftliche Begleitremium des aktuellen Monitoringberichts

der Bundesregierung zur Energiewende fordert einen vollständigen Systemwechsel, der die Anreize für eine Energiewende zielführend modernisieren kann. Bereits seit Anfang 2015 wird u.a. aus einer Studie des Fraunhofer Instituts die Bedeutung der Strom- und Energiekosten für die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen deutlich. „Jede weitere Erhöhung der Energiekosten schwächt in eklatanter Weise die Investitionsfähigkeit der Unternehmen, gefährdet in erheblichem Umfang Arbeitsplätze in der Region und bedroht konkret die Existenz nicht

umlagebefreiter kleinerer und mittelständischer Unternehmen der Kaltwalzindustrie“, erklärt Kunkel.

Das aktuell verabschiedete Netzentgeltmodernisierungsgesetz mit der zumindest auf das Jahr 2019 zurückgesetzten bundesweiten Harmonisierung der Netzentgelte stellt nach wie vor eine weitere massive Belastung für die Industrie in NRW dar. „Eine Angleichung der NRW-Netzentgelte an das Bundesniveau würde die NRW-Betriebe doppelt zur Kasse bitten. Das bislang praktizierte massive Überwälzen energiewendebedingter Kosten auf die Stromrechnungen des Mittelstandes muss unverzüglich gestoppt werden“ fordert Kunkel. Das gelte auch für die regional anfallenden Kosten der Erdverkabelung, die bundesweit über die Netzentgelte mittelständischen Betrieben in Rechnung gestellt werden.

„Eine durch Steuerüberschüsse gegenfinanzierte Absenkung der Stromsteuer könnte eine weitere Möglichkeit zur Entlastung der Industrieunternehmen in Deutschland sein. Eine konsequent haushaltsbasierte Finanzierung der gesamten Energiewende wäre ein sozial gerechter, den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland in unruhigen Zeiten stabilisierender Schritt in die richtige Richtung“, erklärt Kunkel.

# BIR warns of the devastating effect of Chinese ban on the Global Recycling Industry

**BIR expresses serious concerns over news on China's intention to implement an import ban on a number of scrap materials, including certain types of scrap plastics, mixed paper, slags and drosses, waste wool, ash, cotton and yarn.**

On 18th July, China has notified the World Trade Organisation (WTO) that it will stop accepting certain imports of wastes by the end of 2017, as part of its National Sword campaign. In this respect, BIR can only regret the short time frame allowed to stakeholders for submitting comments. It will nevertheless present a submission to WTO.

BIR Director General Arnaud Brunet states: “Whilst BIR and its Members support and promote high quality standards for scrap exports, this ban, if implemented, will have a serious impact on the global recycling industry which has, in the last 25 years, supported China in its economic development and growth and met its manufacturing needs for secondary raw materials.

International scrap trade flows to China amount to tens of billions US Dollars' worth of goods which are needed by the domestic Chinese industry for production.”

Last year, China imported 7.3 million tons of plastic scrap, worth billions of USD, mainly coming from Europe, Japan and USA. The same are also the main sources of scrap paper going to China each year. Regarding recovered paper, China imported 27 million tons, from all supplying regions of the world and many BIR Members, of which 25 to 30% were mixed paper. A ban may result on a large amount of those mixed paper scrap to end up out of the circular economy stream.

BIR intends to demonstrate, by engaging with the stakeholders, and the Chinese Government first, the devastating impact that such a ban would have on the global recycling industry, and beyond the Chinese and global economy, as well as the environment.

# China weiter wichtigster Rohstoffproduzent und Importeur

## Neuer BGR-Ländervergleich zu Rohstoffen

**Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hat eine neue Studie zu den weltweiten Vorkommen und der Produktion mineralischer Rohstoffe (ohne Energierohstoffe und Baurohstoffe) veröffentlicht.**

Der Vergleich, der auf den Daten aus 180 Ländern basiert, gibt einen Überblick über die Reserven (technisch und wirtschaftlich gewinnbarer Rohstoffe), Ressourcen sowie Bergwerks- und Raffinadeproduktion nach dem Wert der Rohstoffe. Danach ist China (wie schon in der Vorgängerstudie von 2014) weiter der mit Abstand bedeutendste Produzent von Rohstoffen (168 Mrd. US\$, 22 % Weltmarktanteil) und Raffinadeprodukten (943 Mrd. US\$, 47 % Weltmarktanteil). Auf den Plätzen 2 und 3 folgen Brasilien und Australien.

Brasilien hat zwar nur die drittgrößte Bergbauproduktion, liegt aber aufgrund der deutlich größeren Raffinadeproduktion im Gesamt ranking vor Australien. Auf den weiteren Plätzen folgen Russland, die USA, Kanada, Südafrika, Indien und Chile. In diesen neun Ländern fanden insgesamt 69 % der weltweiten Bergbauproduktion und 66 % der Raffinadeproduktion statt. Zusätzlich verfügen diese Staaten über 74 % der Rohstoffreserven und 63 % der Ressourcen.

Die Bergwerksproduktion wird im weltweiten Vergleich von Eisenerz (33 %), Gold (16 %) und Kupfer (15 %) dominiert. China, Australien und Brasilien hatten im Jahr 2014 einen Anteil von knapp 70 % an der

weltweiten Eisenerzproduktion. Bei Kupfer liegt Chile mit einem Produktionsanteil von über 30 % vorn. Bei Gold ist China mit 15 % Weltmarktführer.

Deutschland belegt im Ländervergleich insgesamt Platz 26. Zur Bergbauproduktion trugen vor allem Kalisalz, Steinsalz, Kalk und Kaolin bei. Die Rohstoffreserven basieren im Wesentlichen auf Kalisalz, bei den Ressourcen verfügt Deutschland neben Kali lediglich über kleinere Vorkommen an Kupfer im Kupferschiefer von Spremberg sowie Zinn, Wolfram und Flussspat. Dagegen gehört Deutschland bei der Raffinadeproduktion zu den führenden Nationen (Platz 8). Zu diesem Ergebnis trägt vor allem die Stahlproduktion bei. Aber auch Kupfer, Zement, Aluminium, Blei und Zink spielen eine entscheidende Rolle.

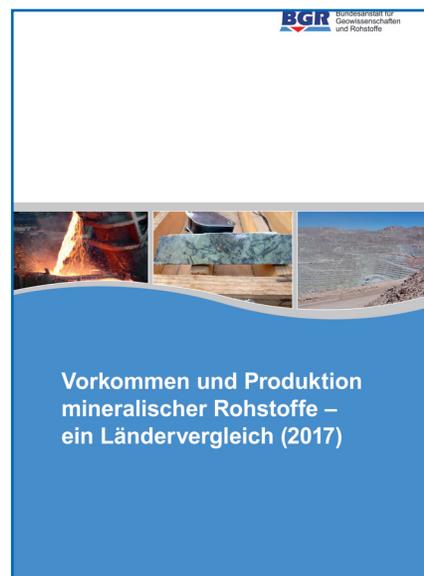
Obwohl China der mit Abstand größte Rohstoffproduzent ist, zählt das Land nicht zu den führenden Exporteuren. China benötigt den Großteil seiner produzierten Metalle und Minerale selbst und ist zusätzlich mit Abstand der weltweit größte Importeur von Bergbauprodukten. Australien hingegen ist weltweit der größte Rohstoffexporteur. Das Land hatte im Jahr 2014 einen Anteil von 28 % am weltweiten Export. Die wichtigsten Rohstoffe des australischen Exports sind Eisen, Aluminium, Gold, Kupfer, Nickel, Zink und

Blei. Zweitwichtigster Rohstoffexporteur ist Chile.

In der BGR-Studie wird der Handel mit den Rohstoffen Bauxit/Aluminium, Blei, Eisenerz, Kupfer, Nickel, Zink, Zinn, Silber und Gold dargestellt. Für diese Rohstoffe werden die wichtigsten Produzenten und Verbraucher genannt.

Zudem wird die Bedeutung des Rohstoffsektors für die Wirtschaft der einzelnen Länder beleuchtet. Der Anteil afrikanischer Länder am Wert der weltweiten Bergbauproduktion ist mit lediglich 11,4 % vergleichsweise gering, mit Abstand wichtigstes Produktionsland ist Südafrika. Trotzdem ist der Bergbausektor für viele afrikanische Länder ein wichtiger Faktor: für 22 Länder hat die Produktion mineralischer Rohstoffe, gemessen am Wert der Produktion im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt und den Exporten, eine große bis sehr große Bedeutung.

Download unter: [https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min\\_rohstoffe/Downloads/studie\\_Laendervergleich\\_2017.html](https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/studie_Laendervergleich_2017.html)



Titelbild der Studie

## Walzstahlbestellungen gaben im zweiten Quartal nach

Die Auftragseingänge Walzstahl haben laut Wirtschaftsvereinigung Stahl im zweiten Quartal an Fahrt verloren: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nahmen sie um 12 % ab, bedingt vor allem durch rückläufige Bestellungen aus dem Inland und der EU. Die erste Jahreshälfte verzeichnet insgesamt ein Minus von 6 %. Die Auftragsbe-

stände zur Jahresmitte lagen ebenfalls unter dem Level von Juni 2016. Mit 9 Millionen Tonnen befanden sie sich jedoch auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Angesichts der guten Konjunktur bei den wichtigsten Stahlverarbeitenden Branchen ist der Rückgang bei den Walzstahlbestellungen im zweiten Quartal in erheblichem

Maße auf lagerzyklische Entwicklungen zurückzuführen. Hinzu kommt ein anhaltend hoher Importdruck in der EU. Der Dämpfer bei den Auftragseingängen weist somit auch auf die noch immer als fragil zu bewertende Erholung der Stahlkonjunktur in einem weiterhin unsicheren außenwirtschaftlichen Umfeld hin.

# Metallhandel profitiert von Investitionsaufschwung

## Basis für die Nachfrage nach Metallen

**Der Aufschwung im Metallhandel hält an. Auch zum dritten Quartal 2017 steigt der Geschäftsklimaindex des Verbands Deutscher Metallhändler e.V. VDM an. Grund für den Anstieg ist insbesondere die aktuelle Geschäftslage der befragten Unternehmen. 92,2 % beschrieben diese als positiv oder gleichbleibend. Insgesamt hat sich das Wachstumstempo des VDM-Geschäftsklimaindex jedoch verlangsamt. Ursache hierfür sind vorsichtige bis pessimistische Erwartungen der Geschäftsaussichten.**

„Der deutsche Metallhandel profitiert derzeit von einem Investitionsaufschwung. Auch die solide Baukonjunktur und die steigende Exportgüternachfrage sind eine Basis für die Nachfrage nach Metallen. Es kann für uns nur positiv sein, wenn die deutsche Wirtschaft auf ganzer Breite in Schwung kommt“, erklärt Thomas Reuther, Präsident des Verbands Deutscher Metallhändler e.V. Ein Risiko

sieht der VDM — vor dem Hintergrund zunehmend stärker ausgelasteter gesamtwirtschaftlicher Kapazitäten — in einer Überhitzung der Wirtschaft.

„Auf nationaler Ebene bleibt sicherlich auch abzuwarten inwiefern die Kartellvorwürfe gegen die deutschen Automobilhersteller die deutsche Konjunktur und im Endeffekt den Metallhandel beeinflussen. Ebenso haben die pessimistischen Erwartungen ihre Ursache in den außenpoliti-

schen Unsicherheiten. Einen Anteil daran hat die schwache Konjunkturdynamik Chinas“, ergänzt Reuther.

Die Erwartungen an die Preisniveaus der Industriemetalle bewerten die Metallhändler ebenfalls vor dem Hintergrund weltwirtschaftlicher Unsicherheiten. Hinter einem deutlich ansteigenden Gesamtpreisniveau vermuten die Branchenmitglieder insbesondere Preissteigerungen im Kupfer (43 % der Unternehmen), Nickel (36 %) und Zink (30 %).

In der Frage nach der zukünftigen Marktversorgung mit Alt- und Neumetallen sieht die Branche negative Zeiten voraus. Während 19 % der Befragten eine schlechtere Marktversorgung mit Altmetallen erwarten (gegenüber 12 % mit positiven Erwartungen), sehen 9 % eine Verschlechterung im Bereich der Neumetalle (gegenüber 0 % mit positiven Erwartungen).

Insgesamt stieg der VDM-Geschäftsklimaindex im Juli auf 89,3 Punkte weiter an. Der Index ist ein Mittelwert aus den Teilindizes „Geschäftslage und Geschäftsaussichten“ und dient als Vergleich zum Basiswert von 100 aus dem Jahr 2013.

# Nachhaltige Gewinnung, Nutzung und Wiederverwertung

## Zertifizierung von Aluminium nach definierten, global gültigen Standards

**Der GDA Gesamtverband der Aluminiumindustrie e.V., Düsseldorf, ist der Aluminium Stewardship Initiative (ASI) beigetreten. Ziel der Non-Profit Initiative ist es, nachhaltige Standards über die gesamte Aluminium-Wertschöpfungskette zu schaffen – von der verantwortungsbewussten Unternehmensführung über die Erfüllung von Umweltstandards bis hin zu sozialen Standards. Die Einführung des Zertifizierungsprogramms ist für Ende 2017 geplant.**

„Mit unserer Mitgliedschaft unterstützen wir engagiert die Zielsetzung der ASI-Initiative. Der GDA repräsentiert die Global Player der Aluminium-Wertschöpfungskette sowie zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen mit weltweiten Kunden. Als Verband sind wir ein Pionier bei der Förderung und Umsetzung nachhaltiger Kriterien in unserer Industrie. Gemeinsam mit der gesamten

Branche und NGOs arbeiten wir daran, dass Aluminium so nachhaltig wie möglich gewonnen, produziert, genutzt und wiederverwertet wird – sowohl in Bezug auf ökologische als auch auf soziale Faktoren. Mit Life Cycle Assessment (LCA)-Analysen, Umweltberichten oder Stakeholder-Dialogen hat der GDA frühzeitig transparente Kriterien für nachhaltiges Aluminium gefördert und unterstützt. Damit waren die deutsche Aluminiumin-

dustrie und der GDA der Ausgangspunkt für das Zertifizierungsprogramm, das von der ASI-Initiative entwickelt wird“, erklärte Christian Wellner, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des GDA.

In der Aluminium Stewardship Initiative haben sich seit ihrer Gründung im Jahr 2012 zahlreiche Aluminium produzierende, verarbeitende und anwendende Unternehmen sowie weitere gesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen, um einen globalen Nachhaltigkeitsstandard für die Aluminium-Wertschöpfungskette zu erarbeiten. ASI ist die erste Initiative zur Schaffung eines nachhaltigen Standards für die Aluminium-Wertschöpfungskette überhaupt. Die Teilnahme bei der ASI Initiative ist offen für alle Akteure der Aluminiumwertschöpfungskette oder für Unternehmen, die im Aluminiumsektor aktiv sind. Unter Mitarbeit von NGOs aus dem Sozial- und dem Umweltbereich, darunter der International Union for Conservation of Nature (IUCN) – einem weltweiten Zusammenschluss von über 1.000 Umweltschutzorganisationen – will ASI einen Standard ausarbeiten, der soziale und ökologische Nachhaltigkeit in der Wertschöpfungskette gewährleistet und dokumentiert.